

juristisch auf einer klaren Grundlage standen und gesagt haben, die internationalen Verpflichtungen der KSZE haben Vorrang vor den bilateralen Verpflichtungen; die nämlich hätten die Ungarn eigentlich gezwungen, die Flüchtlinge in die DDR zurückzuschicken. Ein zweiter Punkt noch, ebenfalls in diesem Zusammenhang: Die Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft wurde von unseren westlichen Kollegen in diesen Gremien absolut verstanden, nämlich daß wir gesagt haben, ohne sie geht es nicht. Die Frage der Vereinigung war als solche nicht zwingend, wenn man es logisch betrachtete und von den anderen zu hören bekam: Wenn die Freiheit erreicht wird, ist das ja eigentlich in Ordnung. Müßt ihr unbedingt die Einheit haben? Da haben wir dann immer gesagt, wir müssen nicht, die Freiheit ist das wichtigste. Wenn sie erreicht und abgesichert werden kann, ist das in Ordnung. Aber wenn unsere Landsleute in der DDR sagen, wir wollen die Einheit, wer sind wir denn, ihnen zu sagen, wir wollen euch nicht. Das war dann im Grunde die letzte Logik, daß wir das auch verständlich machen konnten, daß wir gesagt haben, die Leute sind über Jahrzehnte lang bevormundet worden, jetzt sagen sie selber, was sie wollen, und wenn sie sagen, die Einheit gehört dazu, dann haben wir das einfach zu respektieren. – Ich hoffe, das war kurz genug. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, in der Fraktionsrunde habe ich jetzt notiert Frau Brudlewsky, Herrn Hilsberg und Herrn Jacobsen. Es folgen dann später noch Herr Wilke, Herr Maser, Herr Faulenbach und Herr Gutzeit. Frau Brudlewsky, Sie haben das Wort.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Schönen Dank. Auch ich war Mitglied der ersten freien Volkskammer und möchte gerne die Betonung auf „frei“ legen. Mit Herrn Kollegen Meckels Vortrag war ich weitgehend einverstanden, aber etwas hat bei mir doch Widerspruch ausgelöst, und zwar seine Kritik daran, daß in Bundestagsreden davon gesprochen wird, daß 16 Millionen durch Einheit in Freiheit gekommen sind. Ich meine, warum soll man das nicht sagen? Meines Erachtens kommt es immer darauf an, aus welcher Sicht man das sieht. Der normale, einfache Bürger der ehemaligen DDR, nicht SED-Mitglied, sieht es schon so. Auch Ihre eigene Biografie, Herr Meckel, wir haben beide ähnliches erlebt, spricht eher dafür. Wir wissen um die Demonstrationen, daß Leute mit der Kerze auf dem Marktplatz gestanden haben in Angst, daß sie hinterher zwei Jahre Gefängnis bekommen, für Stillschweigen, oder Abschiebung unliebsamer Leute wie Freya Klier. Nicht Leistung hat bei der Karriere gezählt, sondern die Willfährigkeit gegenüber dem Staat. Ich brauche das nicht erzählen. Aber ich bin der Meinung, ich selber war natürlich frei in meinem Gewissen und in meinen Gedanken, aber äußerlich war ich eben nicht frei. Die Reisefreiheit, die Redefreiheit, die gab es eben nicht. Und die Karriere im Beruf, diese Freiheit, die gab es eben auch nicht. Dann fehlte mir noch eins bei der Befreiung, die nicht unbedingt von außen kam, sondern von innen, mit Hilfe von vielen verschiedenen Faktoren. Die Rolle der Kirche, fand ich, hätte noch erwähnt werden müssen, weil die ja auch eine sehr wichtige Rolle ge-

spielt hat in der Zeit vor der Wende und auch während der Wende, daß die Türen geöffnet wurden. Viele Wege führten in die Freiheit, die Auswanderung von Hunderttausenden und dann auch dies, daß seit Afghanistan 1979, wo zum letzten Mal die russischen Panzer rollten, keine Panzer mehr rollten, in Polen 1980 rollten die sowjetischen Panzer nicht mehr. Darüber war man sehr verwundert.

Zwischenruf: In Afghanistan rollten sie noch bis 1989.

Das habe ich doch eben gesagt. Afghanistan, gut, in Afghanistan rollten sie weiter, aber in Polen rollten eben keine Panzer mehr. Und den Punkt meinte ich hier. Nicht, daß wir uns falsch verstehen. Das sind Dinge, die dann auch ein Stück dazu beigetragen haben, den Mut zu behalten, die Furcht zu verlieren. Meine Frage ist einfach: Was waren wir in der DDR, wenn wir nicht unfrei waren? Diese Frage wollte ich einfach stellen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Angesichts dieser langen Diskussionsbeiträge, Statements und Vorträge, die wir heute gehört haben, ist es, glaube ich, nicht passend, hier in die Detaildiskussion zu treten. Da könnte man sehr viel sagen. Ich kann nur sagen, ich finde es sehr wichtig, daß hier auch eine konträre Position dargestellt wurde. Mein Eindruck ist, daß insbesondere die Rolle der politischen Kräfte in der damaligen DDR auch nach eingehender Erforschung dargestellt werden muß, gerade angesichts der noch vorherrschenden Meinung, Kohl und Gorbatschow hätten die Einheit betrieben. Deshalb finde ich es richtig, was hier insbesondere von Markus Meckel und Gerd Poppe gesagt wurde. Herrn Irmer kann ich nur zustimmen, wenn er sagt, wenn die Volkskammer die Einheit nicht gewollt hätte, wäre sie nicht gekommen. Selbstverständlich, nur war das eine rein theoretische Diskussion. Denn die Volkskammer wäre bekloppt gewesen, etwas nicht zu wollen, was die große Mehrheit der DDR-Bürger wollte. Wir standen immer für Selbstbestimmung, wir wollten sie durchsetzen. Wir hatten klare Programme, die sahen eben die Einheit der Nation vor. Dann muß ich eines noch einmal ganz klar sagen, gerade nach dem, was heute vormittag von unseren Referenten, auch Herrn Kornblum, dem amerikanischen Botschafter, hier erklärt wurde. Er hatte den Eindruck anlässlich des Honecker-Besuchs hier in Bonn, die westdeutsche Politik glaube gar nicht an die Einheit, sie wolle sie im Grunde genommen gar nicht mehr. Wenn ich da auch verschiedene andere Sachen höre, dann, muß ich sagen, brauchen wir uns als ehemalige Oppositionelle aus der DDR mit unseren Vorstellungen in keinster Weise, aber wirklich in keinster Weise zu verstecken. Und einen Tag vor dem 4. Dezember, als Bush seine Pressekonferenz gab und sagte, die Deutschen sollen Selbstbestimmung haben, sollen die Einheit verwirklichen in freier Selbstbestimmung, hatte der SDP-Vorstand seine Erklärung zur deutschen Einheit verabschiedet, die mit den Worten beginnt: Wir bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation, und sie muß organisiert werden. Auch verschiedene andere Passagen kann man danebenhalten. Das war angesichts der Entwicklung, die hinter uns lag, und der Offenheit der Entwicklung und insbesondere

im Abgleich mit den europäischen Nachbarn, denke ich, im Grunde genommen eine Spitze der Entwicklung.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir haben jetzt auch noch das Problem, daß Herr Meckel bald den Raum verlassen muß, Herr Seiders ebenfalls. Insofern bitte ich die weiteren Fragen möglichst pointiert zu stellen. Herr Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Eine konkrete Frage an Herrn Seiders. Ich glaube, ein Thema, das bisher bei uns überhaupt noch nicht angesprochen worden ist, vielleicht auch nicht angesprochen werden konnte, ist die Frage nach den Bemühungen der westdeutschen Politik, nach einer direkten Einwirkung auf die DDR-Bevölkerung in der Phase der Erosion. Es gibt eine neue Publikation von einem russischen Kollegen, Nikolai Pawlow, der diesen Vorwurf noch einmal sehr massiv im vergangenen Jahr erhoben hat. Nun ist ja nach dem, was wir hier heute vormittag und heute nachmittag gehört haben, völlig klar, wie zu unterschiedlichen Zeiten der Handlungsspielraum für deutsche Akteure, West wie Ost, sich erweiterte, veränderte je nach der internationalen Konstellation. Und nun, Herr Seiders, die Frage an Sie als der Mann, der vielleicht darüber am besten Auskunft geben kann: Hat es gerade in der dramatischen Phase 1988/89 Bemühungen seitens der Bundesrepublik Deutschland gegeben, diesen Erosionsprozess in der Deutschen Demokratischen Republik auch konkret zu unterstützen? Wir wissen, daß wir bei der Unterstützung der „Solidarität“ – das ist ja auch gar kein Geheimnis – mitgeholfen haben, diesen Menschen in Polen die Chance zu geben, wider das System zu agieren; ohne die Unterstützung von außen, aber auch ohne die KSZE wäre es sehr viel schwieriger geworden. Also hier noch einmal ganz konkret, Herr Seiders: Können Sie darüber etwas sagen, was an aktiven Maßnahmen ergriffen worden ist in der Phase 1988/89, um den Erosionsprozess in der Deutschen Demokratischen Republik zugunsten der Entwicklung zu fördern, von der eben gesprochen worden ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Da kann ich unmittelbar anschließen. Herr Seiders, es ist ja der Vorwurf erhoben worden, jetzt wird der Eindruck erweckt, Kohl, Gorbatschow und Bush, die drei waren es. Wenn man aber in den Prozeß hineingeht, dann gibt es aus meiner Sicht im Frühherbst 1989 zwei Entscheidungen der Bundesregierung, die zeigen, wie dieser Prozeß ineinander verflochten ist. Ich will noch einmal eines ausdrücklich sagen, Markus Mekkel: Selbstbestimmung der Ostdeutschen, aber natürlich! Was wir auch gehört haben, ist, über diesen Vereinigungsprozess entstehen langsam integrative Bilder, so daß diese zugespitzte Personalisierung sowieso nicht so stehen bleiben wird. Aber, Herr Seiders, ich will auf zwei Entscheidungen hinaus. Die eine war Ungarn. Ich denke, wenn man Herrn Jacobsens Frage aufnimmt, daß der erste wirkliche Eingriff der Bundesrepublik in diesen Prozeß, und zwar noch vor der Konstituierung der DDR-Oppositionsgruppen, die Regelung der Flüchtlingsfrage in Ungarn gewesen ist, hier ist sozusagen die deutsche Frage

für mich in die Weltpolitik im Wortsinn zurückkehrt. Und die zweite Entscheidung haben Sie angesprochen, daß Sie auf das Kredit-Ansinnen von Schalck-Golodkowski mit den berühmten Bedingungen geantwortet haben, Aufgabe des Machtmonopols der SED, Anerkennung der Gruppen und freie Wahlen, das heißt, die Selbstbestimmung der Ostdeutschen als ersten Schritt, den die Bundesregierung in diesem Herbst in ungeklärter Lage forderte. Was mich interessiert, ob bei diesen Vorgängen, vor allen Dingen bei dem letzten, seitens der Bundesregierung schon irgendwelche Reaktionen bzw. Aufforderungen der ostdeutschen Opposition eine Rolle gespielt haben.

Gesprächleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Maser.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Mich würde zuerst eine Reaktion von Herrn Seiters interessieren auf das, was Markus Meckel in seinem Beitrag zur Problematik der Oder-Neiße-Grenze gesagt hat. Ich weiß, es ist wahrscheinlich zu viel verlangt, aber vielleicht kann so etwas in Stichworten noch kurz skizziert werden, damit man eine ungefähre Vorstellung bekommt. Dann habe ich einen vielleicht drolligen Wunsch. Aber wir sitzen hier in einer Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Könnten beide Vertreter, derjenige der Bundesregierung und der der ersten frei gewählten DDR-Regierung, ebenfalls stichwortartig sagen, wen Sie damals als, verkürzt gesagt, Hauptgegner des Wiedervereinigungsprojektes wahrgenommen haben oder mit wem sie sich auseinandersetzen hatten? Daß es solche gegeben hat und es sie auch heute noch weiterwirkend gibt, braucht hier nicht diskutiert zu werden. Aber ich erinnere daran, welch Riesentheater in der evangelischen Kirche in Deutschland war, als es um die Frage ging, ob man zum Tag der deutschen Wiedervereinigung die Glocken läuten soll. Obwohl doch der Wille zur Einheit überall da war, wir haben es gehört, brach da auf einmal hervor, daß es doch sehr viele und sehr stimmkräftige Gruppen, Menschen und Persönlichkeiten gab, die hier einen ersten Ansatzpunkt fanden für eine zumindest verzögernde Haltung oder dergleichen. Auch das vielleicht bitte nur stichwortartig. Was haben Sie jeweils in Ost und in West da wahrgenommen? Danke schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich darf selbst knapp fragen; Herr Seiters, wenn Sie rückblickend den Prozeß noch einmal Revue passieren lassen, würden Sie sagen, daß es auch Fehler in diesem Prozeß gab, die Sie heute klar diagnostizieren können? Würden Sie das Verhalten in der Oder-Neiße-Frage, das hier heute den ganzen Tag über eine große Rolle gespielt hat, weil es etwa in Polen und in Frankreich mißverstanden worden ist oder jedenfalls zu Irritationen geführt hat, retrospektiv für einen Fehler halten? Gab es andere Fehler?

Eine Frage auch an Markus Meckel: Wie hat man sich eigentlich das Verhältnis zwischen der frei gewählten DDR-Regierung und der sowjetischen Führung vorzustellen? Gab es da etwa noch eine Erinnerung an den Warschauer Vertrag? – Ich habe dann noch notiert Herrn Gutzeit. Herr Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Seiters. Hintergrund ist in meiner Erinnerung, daß wir zum Beispiel Anfang November 1989 von der amerikanischen Botschaft als Opposition eingeladen wurden. Da wurde die Frage gestellt: Wie steht ihr zu der Reisegesetzgebung und so weiter, wie ist eure Haltung? Welche Rolle spielte für die Bundesregierung die Frage einer Konsultation mit der sich herausbildenden DDR-Opposition in dieser Phase des Herbstes 1989/Frühjahr 1990? Ich kann mich auch an eine Einladung in die Ständige Vertretung in Berlin erinnern. Wenn ich mir jetzt nachträglich vorstelle, welcher Haltung man dort begegnet ist, eigentlich welchem Unverständnis hinsichtlich unserer Handlungsperspektiven, dann habe ich gewisse Schwierigkeiten. Deswegen diese Frage. Das nimmt auch etwas auf, was Herr Wilke gerade sagte. Diese Forderungen in diesem Gespräch mit Schalck-Golodkowski, das ist ja nichts anderes gewesen. Die Kontaktgruppe des Runden Tisches hat sich im Vorfeld der Demonstration vom 4. November zusammengesetzt und sich gefragt, welche Forderungen wir denn eigentlich haben. Das waren genau diese Forderungen. Das heißt also, die Forderung nach Freiheit und Demokratie, die brauchte von niemand anderem zu kommen, die ist von uns gekommen. Mit der Forderung nach Abschaffung der Monopolstellung der SED sind wir in den Herbst 1989 hineingegangen. Jetzt nehme ich noch einmal die Frage auf, die die Kollegin von der CDU vorhin gerade gestellt hat. Es geht ja nicht darum, daß wir uns in der DDR frei gefühlt haben unter dem Regime von Honecker bis Krenz. Aber, dann zumindest mit dem 18. März und der freien Wahl und der Konstituierung der ersten frei gewählten Volkskammer, haben wir einen demokratischen Rechtsstaat eingeführt und uns auch frei gefühlt. Das heißt also ...

Zwischenfrage von Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Darf ich mal fragen, ich glaube die Position ist deutlich geworden, gipfelt das noch in einer Frage?

Lieber Bernd Faulenbach, noch eine kurze Frage an Markus Meckel zum Thema NATO. Es ist doch ein Prozeß gewesen, der insbesondere ab Februar sich dann entwickelt hat. Zur Akzeptanz des NATO-Beitritts, dazu möchte ich noch etwas Genaueres hören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr von Schorlemer stellt seine Bemerkung zurück. Wir kommen zur Antwortrunde. Markus Meckel bitte.

Markus Meckel, MdB: Es tut mir leid, daß jetzt diese Reihenfolge nötig ist, weil ich gerne gehört hätte, was Herr Seiters sagt. Ich weiß nicht, ob ich das jetzt noch schaffe. Ich bin ja an dem Gespräch interessiert. Zu Frau Brudlewsky hat Martin Gutzeit eben das Notwendige gesagt, ich sagte nur, die Reihenfolge ist eine andere. Nicht durch die Einheit kam die Freiheit, sondern weil die Freiheit erkämpft war, war die Einheit möglich. Das ist die richtige Reihenfolge! Zu dem Handlungsspielraum muß ich sagen: An die Adresse der Sowjetunion habe ich bei dem ersten Besuch – Ende April waren de Maizière, Herr Eppelmann und ich in Moskau – Herrn Schewardnadse in aller Freund-

schaft, aber sehr klar gesagt, wir sind kein Satellit mehr. Die deutsche Einheit kommt, und sie kommt schneller als ihr denkt, wir müssen uns darauf einrichten. Und ich habe erklärt, was ich hier auch gesagt habe, wir halten die Berücksichtigung der sowjetischen Interessen für existenziell, aber ihr müßt euch darauf einstellen, das heißt, irgendetwas verhindern zu wollen, das geht nicht. Damit bin ich auch schon bei der Frage nach dem Hauptgegner. Ich weiß nicht, wer das gefragt hatte. Das Problem eines Hauptgegners hatten wir eigentlich nicht mehr. Es ging damals nur noch um das Wie, und zwar seit Anfang 1990. Es ging nicht mehr um das Ob der deutschen Einheit, sondern alle Diskussionen und Fragen haben sich damit beschäftigt, wie die Interessen der DDR-Bürger in diesem Prozeß zur Geltung gebracht werden könnten. Denn man muß sich ja deutlich vor Augen führen, und das habe ich auch Schewardnadse mit Blick auf den Artikel 23 gesagt, wir konnten jeden Tag, wenn wir wollten, eine Mehrheit in der Volkskammer für die Einheit bekommen. Die wäre dann da gewesen. Das hat ja der 17. Juni 1990 gezeigt. Wir haben das verhindert, weil wir eine vertragliche Regelung wollten. Wir wollten einen Einigungsvertrag, wir wollten den vertraglichen Abschluß der Zwei-plus-Vier-Gespräche, wir wollten diese vertraglichen Abläufe im Vereinigungsprozess. Den Bettel hinzuwerfen und zu sagen, liebe Bundesrepublik, mach uns ein Überleitungsgesetz, wäre in der Volkskammer jeden Tag möglich gewesen, wenn wir dem zugestimmt hätten. Ich glaube, das muß man sich einfach als Handlungsrahmen deutlich machen. Insofern gingen die Auseinandersetzungen allein um die konkreten Konstellationen, darum, etwas für die DDR-Bürger zu erreichen. Damit bin ich beim letzten Punkt, Stichwort NATO. Hier hat sich für mich selber, ich habe das vorhin angedeutet, durchaus etwas verändert. Ich war Ende der 80er Jahre sehr skeptisch gegenüber der NATO und war es in Bezug auf die Strategien der Verteidigung, nuklearer Ersteinsatz etc. nach wie vor. Und auch die ganze Kurzstreckenfrage habe ich in jenem Gespräch mit Baker angesprochen. Aber als sich im Juli etwas verändert hatte, war klar, daß wir dem am Ende zustimmen würden. Anfänglich hatten wir noch die Hoffnung, mit der deutschen Vereinigung sozusagen Druck auf Veränderung der Strukturen ausüben zu können, das erwies sich als absolute Illusion. Es war klar, daß die deutsche Vereinigung erst kommen würde und daß man dann an dem weiteren Prozeß arbeiten müßte. Und heute weiß jeder, daß ich sehr intensiv dafür einträte, daß die NATO sich erweitert und noch weiter, als heute beschlossen ist.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Seiters.

Rudolf Seiters, MdB: Ich mache folgende Vorbemerkung. Ich war der letzte westdeutsche Verhandlungspartner mit Erich Honecker, der erste mit Krenz und auch von Modrow. Meine Gesprächspartner waren Schalck-Golodkowski, Herr Vogel, Herr Stolpe, Vertreter der Kirchen. Mit dem Runden Tisch habe ich auch gesprochen. Das schicke ich jetzt mal vorweg. Bei meinem ersten Besuch bei Honecker haben wir unsere Bereitschaft und unseren Willen unterstrichen, vernünftige Beziehungen weiterzuentwickeln, Freizügigkeit auszubauen, das heißt den Besucherverkehr nicht stagnieren zu lassen, sondern ihn zu verstärken, auch wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen. Gleichzeitig haben

wir das angemahnt, was in KSZE und in anderen internationalen Vereinbarungen niedergelegt war, das heißt also Menschenrechte und alles, was damit zusammenhängt. Im August gab es drei wichtige Termine: Das war am 11. August die Schließung der Ständigen Vertretung, durch mich damals veranlaßt. Am 18. August war ich bei Krolikowski, dem stellvertretenden Außenminister, und seinen Leuten, und anschließend war ich bei den Flüchtlingen in der Vertretung in Ost-Berlin. Man verlangte von uns seitens der DDR-Führung, daß wir die Flüchtlinge aus der deutschen Botschaft entfernen, daß wir auch keine mehr aufnehmen, weil sonst die Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten, wie gesagt wurde, auf das höchste gefährdet würden. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere, daß ich damals mehrere Interviews gegeben habe, und die Bundesregierung insgesamt hat auch so gesprochen, nach dem Motto: „Wir bauen keine Mauern um unsere Botschaften, und wir schicken keinen deutschen Flüchtling auf die Straße.“ Am 25. August dann der dritte Termin, das Treffen des Bundeskanzlers auf Schloß Gymnich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Nemeth, Minister Genscher und Außenminister Horn. Das gehört in irgendeiner Weise natürlich schon zusammen, weil hier klar wurde, daß im mittelosteuropäischen Bereich die Dinge sehr unterschiedlich beurteilt wurden. Ich kann mich im übrigen noch erinnern an die zweite Ausreise aus Prag, nicht die erste, die war ja am 30. September. Es hatte sich wenige Tage später sofort wieder die Botschaft gefüllt, und wir hatten die massiven Proteste von seiten der DDR. Wir haben dann versucht, mit der tschechischen Regierung zu verhandeln, die damals eine völlig andere Position hatte als etwa die ungarische Regierung, das alles ist ja hinlänglich bekannt. Natürlich haben wir in den Gesprächen unseren Wunsch, unsere dringende Bitte und unsere Forderung nach Freizügigkeit und Einlösung der Menschenrechte und internationaler Vereinbarungen deutlich gemacht. Aber es war insoweit eine Gratwanderung, als wir durch öffentliche Äußerungen die Dinge nicht so zugespitzt haben, daß sie kontraproduktiv gewirkt hätten. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß ich im Anfang, als die Flüchtlinge in die Botschaften in Budapest, in Prag und in unsere Ständige Vertretung strömten, vor der Bundespressekonferenz eine Erklärung abgegeben und gemahnt habe, diesen Weg nicht zu gehen. Öffentlich habe ich gemahnt, um zur Beruhigung beizutragen. Aber die Dinge haben sich so entwickelt, wie Sie sie kennen. Wir haben in den weiteren Verhandlungen deutlich gemacht, daß wir auf der einen Seite zwar das machen wollen, was den Menschen dient, auch wenn es um Geld geht, das heißt Einrichtung des Reisedevisenfonds, auf der anderen Seite aber einen Milliardenkredit, zehn oder fünfzehn Milliarden, ablehnen, weil dieses Geld den Menschen nicht zugute kommt und im Grunde in ein völlig überholtes und nicht lebensfähiges Gebilde hineinfließt. Was will ich damit sagen? Wir haben immer, auch in den damaligen Monaten des Jahres 1989, das Angebot gemacht auf Hilfe und Unterstützung für Freizügigkeit, aber das Angebot auf größere Unterstützung in anderen Dimensionen, wie ja auch in den Regierungserklärungen nachzulesen, verbunden mit Freizügigkeit, Selbstbestimmung und freien Wahlen und Aufgabe des Monopolanspruchs in der Verfassung selber, das hat ja später noch eine Rolle gespielt. Auf einen Nenner

gebracht, wir haben Einfluß genommen, aber ich glaube, wir haben es auf die richtige Weise getan. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang auch sehr gut etwa an die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden, wo die Stimmung so war, daß er auch eine ganz andere Rede hätte halten können unter dem begeisterten Jubel der Menschen. Es war eine sehr verantwortungsbe- wußte Rede, was ja auch im Grunde nicht umstritten ist, die aber den Men- schen klar die Perspektive gegeben hat auf Einheit. Natürlich gab es Gegner, Hauptgegner, wie soll ich das jetzt qualifizieren? Natürlich in der DDR, in der dortigen Nomenklatur.

Zwischenfrage: Aber die waren doch dann weg vom Fenster?

Natürlich habe ich mich sehr gewundert, ich will es einmal so ausdrücken, und war auch sehr befremdet über manche Reaktion aus kirchlichen Kreisen. Ich habe ja auch dort Gespräche geführt. Im übrigen gab es auch später Reden, die mich sehr verwundert haben. Das mit den Glocken ist übrigens richtig wieder- gegeben.

Zwischenruf: Demokratischen Aufbruch ...

Dann gab es natürlich auch die Stimmen in Westdeutschland. Herr Meckel, ist ja gut, daß Sie noch da sind. Es sei Ihnen nicht vorenthalten, daß Gerhard Schröder gesagt hat, nach vierzig Jahren Bundesrepublik solle man eine neue Generation in Deutschland nicht um die Chancen einer Wiedervereinigung belügen, es gäbe sie nicht. Das war im Herbst 1989. So könnte ich vieles ande- re zitieren bis hin zu Theo Sommer, der in der „Zeit“ geschrieben hat: Die Wiedervereinigung oder der Topf der Wiedervereinigung steht nicht auf der Herdplatte der Weltpolitik und so weiter und so fort. Ich kann das auch nur stichwortartig sagen. Die Grundentscheidungen, die wir getroffen haben, da- von bin ich fest überzeugt, waren allesamt richtig. Wenn man eine intensivere Diskussion darüber führen könnte, müßte man das Punkt für Punkt jetzt einmal auflisten. Die Grundentscheidungen waren alle richtig. Es war richtig der Zehn-Punkte-Plan in der damaligen Phase und Zeit in dieser Art und Gestal- tung. Es war richtig die Weigerung, einen Kredit an Modrow zu geben, und auf die freie Volkskammerwahl zu setzen. Es war richtig das Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion, da der Übersiedlerstrom nicht abriß. Er hatte ja nicht aufgehört nach dem Fall der Mauer, er hat ja nicht aufgehört nach der Öffnung des Brandenburger Tores, er hat ja nicht aufgehört im Januar 1990, sondern erst nach dem Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion ist der Übersiedlerstrom abrupt zuendegekommen. Und ich denke, die Kosten, die Deutschland entstanden wären bei einem weiteren Ausbluten der DDR über die kommenden Monate, wären sehr viel größer geworden. Auch darin stim- men wir sicherlich überein.

Zum Thema Polen. Zum einen wissen wir ja, daß der amerikanische Präsident Bush, der uns in der Zeit sofort unterstützt hat, auch nach dem Zehn-Punkte- Plan ausdrücklich darauf hingewiesen hat, unter welchen Voraussetzungen die Wiedervereinigung kommen kann, da war ja auch von der deutsch-polnischen

Grenze die Rede. Rechtlich war klar, daß der Warschauer Vertrag die Bundesrepublik bindet, und politisch ließ die Bundesregierung keinen Zweifel daran. Ich kenne keine Stellungnahme der Bundesregierung, die es in Zweifel gezogen hätte, daß sie diese Grenze nicht in Frage stellen werde. Worum es uns und auch dem Bundeskanzler ging, war, zu verdeutlichen, daß eine definitive Grenzvereinbarung rechtlich und politisch mit der Wiederherstellung der gesamtdeutschen Staatlichkeit verbunden war, und im Zwei-plus-vier-Vertrag vom 12. September wurde die Bundesregierung ja auch faktisch festgelegt; er beschrieb die territoriale Erstreckung der erweiterten Bundesrepublik Deutschland und sah einen deutsch-polnischen Grenzvertrag vor. Wenn ich mir jetzt die weitere Entwicklung im deutsch-polnischen Verhältnis vor Augen führe, so kann ich nun wirklich nicht erkennen, daß die Diskussion des Jahres 1990 irgendwelche bleibenden Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis hinterlassen hat. Ich denke etwa an den Besuch des Bundeskanzlers, wo im Königssaal Ministerpräsident Olexy und andere gesagt haben: Deutschland ist unser Anwalt. Herr Bundeskanzler, bleiben Sie bitte noch lange im Amt. Das war schon eine bemerkenswerte Äußerung des damaligen polnischen Ministerpräsidenten.

Zwischenruf: Das darf ja wohl nicht wahr sein. Hört, hört.

Ich will damit sagen, wir freuen uns doch alle darüber, daß das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland sich so entwickelt hat. Ich weiß nicht, ob ich die Fragen beantwortet habe, sicher habe ich vieles übersehen. Manchmal geht einem das Herz ja auch über, wenn man an diese Jahre denkt. Aber ich glaube, das ist mein wichtigster Satz, die Grundentscheidungen waren richtig, und ich glaube, daß wir sehr verantwortungsbewußt vorgegangen sind. Ich glaube auch, daß wir die deutsche Einheit nicht erreicht hätten, wenn wir nicht über viele Jahre das Vertrauen geschaffen hätten bei unseren Nachbarn im Westen und im Osten, daß auch ein stärker werdendes wiedervereinigtes Deutschland verantwortungsbewußt und europäisch umgeht mit der deutschen Einheit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das Wort für eine Bemerkung hat noch Herr von Schorlemer.

Abg. Reinhard Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, gerade die letzten Sätze von Rudolf Seiters waren so unterstreichenswert, daß meine Bemerkungen, die ich in gleicher Richtung machen wollte, damit sich selbst aufgehoben haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wunderbar. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige knappe Schlußbemerkungen machen. Wir haben, glaube ich, in den letzten zwei Stunden überaus interessante Berichte von Akteuren gehört. Man hat gemerkt, wie sehr sie auch emotional dabei waren, als sie über diese Dinge berichtet haben. Das macht natürlich die Rolle eines Diskussionsleiters nicht leicht, denn sie waren schlicht nicht zu bremsen. Aber insgesamt gesehen haben wir den Zeitrahmen doch wahren können.

Ich füge aber eine Bemerkung hinzu, die hoffentlich nicht mißverstanden wird. Als Historiker müssen wir natürlich diese Berichte nebeneinanderlegen, wir müssen sie interpretieren und einordnen. Es war keineswegs alles widerspruchsfrei, was wir da gehört haben. Dieses will interpretiert werden von den Historikern, und ich denke, das wird auch geschehen. Dann möchte ich nach dieser Vorbemerkung gerne zu dem Inhaltlichen noch zwei subjektive Eindrücke wiedergeben. Ich glaube, nachdem wir den Tag über diesen Prozeß noch einmal haben Revue passieren lassen, wird wohl jeder sagen, daß dieser Prozeß komplizierter, vielschichtiger war, als er manchmal heute dargestellt wird. Er verlief auch keineswegs geradlinig, gleichsam wie eine Pappelallee, die auf ein bestimmtes Ziel hinführt. Als vergleichsweise komplizierter Prozeß konnte er nur hier und da mal ein Stück weit gesteuert werden.

Zweite Bemerkung. Mir scheint, es ist insbesondere heute vormittag und am frühen Nachmittag deutlich geworden, daß eines der zentralen Probleme die Einbettung des vereinigten Deutschland in den europäischen und den weltpolitischen Zusammenhang gewesen ist. Dieses ist meines Erachtens eine Frage, die sicher zunächst einmal im historischen Kontext zu sehen ist, doch auch einen Hinweis im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft enthält. Die Rolle dieses vereinigten Deutschlands im europäischen Zusammenhang wird auch künftig ein sensibler Punkt deutscher und europäischer Politik bleiben. Am Ende der Diskussion möchte ich den Referenten, die mit Engagement hier vorgetragen haben, sehr herzlich danken. Ich verzichte darauf, Sie alle namentlich aufzuführen; doch ebenso allen vielen Dank! Ich gebe das Wort an den Vorsitzenden.

(Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, nach diesem neunstündigen „Ritt“ durch einen sehr wichtigen Teil unserer Geschichte und der Darstellung außenpolitischer und innenpolitischer Fakten, habe ich nur noch die Aufgabe, diese Sitzung dem Ende zuzuführen. Ich möchte aber zwei Bemerkungen machen. Weil jeder so etwas nur durchsteht, wenn er selektive Wahrnehmungen, Beobachtungen und auch selektive Schlußfolgerungen aus solch einem Tag mitnimmt, erscheint mir eins – neben der Aufgabe der Historiker, die natürlich noch ein weites Feld vor sich haben – besonders bemerkenswert: Daß ein Archiv noch nicht zur Verfügung steht. Für Historiker ein schmerzlicher Vorgang und für die Bewertung des Gesamten natürlich hinderlich, wenn nicht sogar behindernd. Das Zweite, was sich mir gerade unter dem Eindruck der Darstellung durch Beteiligte aufdrängte: Als Kommission können wir die Oppositionsbewegung, die es in der DDR von der Frühphase bis zum Schluß immer wieder gegeben hat und die zum Schluß eine entscheidende Funktion hatte, nicht allein den Historikern überlassen. Es ist vielmehr an der Kommission, die Empfehlung auszusprechen, daß dieser Bereich in Form einer Gedenkstätte für den Widerstand in der kommunistischen Diktatur gewürdigt werden sollte. Die Opposition war die Vorstufe zu dem, was hier heute dargestellt wurde. Ich habe immer mehr den Eindruck, wenn ich mich damit befasse,

daß dieser Teil der DDR-Geschichte viel zu kurz kommt. – Mit diesen Anmerkungen möchte ich die öffentliche Sitzung schließen, aber die Kommissionsmitglieder, damit Sie mir jetzt nicht weglaufen, dringend bitten, da wir einen Beschluß brauchen, zu einer nichtöffentlichen Sitzung hier zu bleiben.

Herzlichen Dank, insbesondere auch denen, die lange ausgeharrt haben.

Ende der Sitzung 18:30 Uhr